



Günther Oettinger
15. Oktober 1953, Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Geboren in Stuttgart als Sohn eines Wirtschaftsprüfers, Abitur in Korntal, Jura- und VWL-Studium in Tübingen. 1974 Eintritt in die CDU, drei Jahre später erste Funktionen auf Orts- und Kreisebene. Ab 1982 als Assessor bzw. Rechtsanwalt tätig in einem Wirtschaftsprüfungsbüro. 1983–1989 Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg. Seit 1984 MdL. 1988–2005 Rechtsanwalt und Geschäftsführer. Seit 2005 als Nachfolger Erwin Teufels Landesvorsitzender der CDU und Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Günther H. Oettinger
Ministerpräsident von Baden-Württemberg

„Reformbilanz nach einem Jahr Großer Koalition“

Vielen Dank für die freundliche Begrüßung und Vorstellung. Mein Respekt gilt Ihnen, der Hansestadt Hamburg, Ihrer Wirtschaft und Bürgerschaft, und Ihrem Club, der ein starkes Stück der hanseatischen Tradition verkörpert und ein wichtiges Fundament des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reichtums Hamburgs darstellt.

Meine Damen und Herren, als Hamburg bereits eine Weltstadt war, war Stuttgart noch ärmlich und kümmerlich. Vor genau 200 Jahren kam Napoleon zuerst nach Karlsruhe und dann nach Ludwigsburg und fragte den badischen Markgrafen und den württembergischen Herzog: Seid ihr mit mir oder gegen mich? Sie haben daraufhin ihre Waffenkammern rasch durchstöbert und haben gesagt: Lieber mit dir als gegen dich. Und so zogen sie mit Napoleon gegen Wien, Moskau und Berlin in den Krieg. Jahre später, als das Kriegsschicksal sich wendete, haben sie die Seiten gewechselt und ihrerseits mitgeholfen, Napoleon zu besiegen. Danach herrschte 40 Jahre Frieden, ehe Badener und Württemberger gemeinsam mit Österreich für Großdeutschland und gegen Preußen kämpften – und verloren.

Warum erzähle ich das? Die Geschichte zeigt: Baden und Württemberg waren immer Spielball der mächtigen Nationen in Europa. Wir waren schwach und wir waren ein Auswanderungsland, weil die Ernährung für alle Kinder nicht gesichert war. Auswanderung – entlang der Donau bis zum Schwarzen Meer, an die Wolga oder bis nach Amerika – hat unser Land geprägt. Erst in den letzten bald sechzig Jahren haben wir durch die Länderneugliederung „Baden-Württemberg“, durch tüchtige Menschen in der Wirtschaft und durch Partner wie Amerika eine wirtschaftliche Entwicklung genommen, sodass wir heute zu den Spitzenregionen Europas zählen – mit sozialem Wohlstand und einem guten Arbeitsmarkt. Konzerne wie DaimlerChrysler, Bosch und SAP, daneben ein leistungsstarker Mittelstand mit Familienbetrieben in der zweiten, dritten und vierten Generation, die in ihrer Region Bedeutung haben und die ihre Nische im Weltmarkt gefunden haben, prägen unser Land. Deswegen haben wir in Baden-Württemberg in besonderem Maße Interesse an Entscheidungen in Berlin und Brüssel, die für unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt wichtig sind. Und deswegen ist es auch meine Aufgabe, mich in die Reformdiskussion der Großen Koalition einzumischen.

Hamburg, Ihre Stadt, hat in den letzten Jahren in vielfacher Hinsicht eine gute Entwicklung genommen. Vor wenigen Jahren war Hamburg noch eine Stadt mit hoher Kriminalität, mit Drogenhandel und großen Sorgen auf dem Arbeitsmarkt.

Und heute? Hamburg steht nun gut da. Die Globalisierung hat exportorientierte Länder wie Baden-Württemberg und Hamburg, beides „Tore zur Welt“, geprägt und gestaltet. Natürlich sind unsere beiden Länder in vielerlei Hinsicht völlig verschieden: Dort, wo Ihre Wirtschaft Ressourcen hat, sind wir kaum vertreten – und umgekehrt. Wir haben eine ganz unterschiedliche Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur. Aber etwas Entscheidendes ist uns gemeinsam: Wir sahen schon immer die Chancen – und nicht immer nur die Gefahren – der Globalisierung. Und wir

konnten deshalb sozialen Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum aufbauen. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Mitgliedern, egal wo sie arbeiten und was sie leisten, weiterhin Glück und Erfolg. Ich bin auch ausdrücklich dankbar dafür, dass es zwischen Hamburg und Baden-Württemberg gute, intakte Verbindungen gibt und auch zwischen mir und Ole von Beust, den ich als langjährigen Freund hoch schätze und der in besonderem Maße zu den guten Verbindungen zwischen Hamburg und Baden-Württemberg beiträgt.

Die Bundestagswahl liegt nun 15 Monate zurück. Die Bundesregierung ist ein Jahr im Amt. Zwei Wahlverlierer regieren seitdem in Deutschland. Andere Koalitionen waren damals nicht möglich, und sie sind bis in die Gegenwart nicht in Sicht. Wer das Votum des Wählers ernst nimmt, muss akzeptieren, dass daraus eine Große Koalition entstanden ist. Warum haben SPD und Union die Wahl verloren? Manche meinen, es habe in der Politik ein Handlungsdefizit gegeben. Nun, ich bezweifle nicht, dass es solche Handlungsdefizite gab und noch immer gibt. Dennoch liegt hier meines Erachtens nicht der Hauptgrund. Entscheidend war vielmehr, dass es in unserer Bürgerschaft und Bevölkerung Erkenntnisdefizite und Verdrängungseffekte gab und noch heute gibt, die dafür sorgen, dass Deutschland nicht genügend reformbereit ist.

Gerhard Schröder hat in den drei Jahren der letzten Legislaturperiode längst nicht alles falsch gemacht. Er hatte am Wahlabend 2002 zwar noch kein Konzept. Aber dann haben ihm die Industrieführer Anfang des Jahres 2003 dringend nahegelegt, Reformen anzugehen. Mehr Eigenverantwortung, Leistungsprinzip, Änderungen im Arbeitsrecht – das waren die Stichworte. Schröder hat daraufhin die „Agenda 2010“ aufgelegt. Manches davon war zwar handwerklich nicht perfekt gemacht, und es war mit heißer Nadel gestrickt. Aber die Grundrichtung stimmte. Dass jede Arbeit zumutbar ist, war durchaus ein richtiger Ansatz. Und dass diejenigen, die das nicht einsehen wollen, staatliche Leistungen gekürzt bekommen, war ebenfalls eine kulturelle Revolution. Aber viele Sozialdemokraten taten sich schwer mit diesen neuen Gedanken. Es fehlte der Mut. Mit jeder Umsetzung der „Agenda 2010“ gingen der SPD Mitglieder in der Partei und Wähler verloren. Kurz: Die SPD hat die Wahl verloren, weil sie einiges richtig gemacht hat.

Und die Union? In der Union gab es sicherlich Abstimmungsprobleme im Steuerrecht, aber im Kern haben wir die Wahl verloren, weil Angela Merkel mutig und ehrlich über künftige Zumutungen sprach. Die Wähler haben sich das angehört, aber sie haben die Zumutungen nicht gewollt.

Anders formuliert: Die Wähler haben in der großen Mehrheit nicht zugunsten ihrer Kinder, sondern zugunsten des Status quo gewählt – auch wenn dadurch die strukturellen Probleme noch größer werden. Das zeigt: Wir haben in Deutschland noch immer ein starkes Erkenntnisdefizit und auch ein Verdrängungsproblem.

Zwei große Faktoren sind es, die nun für unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft entscheidend sind: zum einen der Altersaufbau unserer Bevölkerung und zweitens die Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt infolge der Globalisierung.

Schauen wir einmal 20 Jahre zurück: Damals war der weltweite Wettbewerb noch überschaubar. Die Spielregeln der Marktwirtschaft, das Leistungsprinzip und die Chance auf privates Eigentum, herrschten nur in Westeuropa, in Nordamerika, in Japan und in Singapur. Seitdem kamen aber viele Nationen und Volkswirtschaften hinzu und blühten auf: Osteuropa, Südosteuropa, auch die Türkei, Südamerika und vor allen Dingen Asien. Die Zahl der Erdenbürger, die mit uns im Wettbewerb stehen, hat sich von 1000 Millionen auf 4000 Millionen vervierfacht. 4000

Millionen Menschen stehen nun jeden Morgen auf, wie Sie und ich, allerdings früher als wir. Sie essen jeden Morgen wie Sie und ich, nur kürzer als wir und treten dann friedlich und mit Ellenbogen an den Arbeitsplatz. Neugierig, ehrgeizig, kommunikativ, sprachbegabt, lernwillig und arbeitswillig. Hier dagegenzuhalten, gegen diese verstärkte Wettbewerbsslage in der globalen Welt, ist uns leider noch längst nicht als Tarifvertragspartner, als Parlamentarier, als Arbeitnehmer und Unternehmer so geläufig, wie das sein sollte. Im Grunde genommen sind wir noch immer in der Mehrheit eher träge und selbstzufrieden. Dabei stehen wir vor der Frage, ob es uns erstmalig gelingt, dem normalen Verlauf von Hochkulturen in der Geschichte – Aufstieg, Abstieg und Fall – zu widerstehen. Wiederholen wir das Schicksal etwa des Römischen Reiches unter Nero, oder können wir die Grundlagen unserer Kultur so erneuern, dass unsere Kinder die gleichen Chancen haben wie unsere Generation vor 30 Jahren? Das ist die entscheidende Frage.

Generationengerechtigkeit muss das überragende Ziel von Politik sein. Und was tun wir? Wir verletzen es zutiefst: Wir haben Rentenansprüche, die nicht finanzierbar sind. Wir haben Pensionszusagen gemacht, die wir nur mit Schulden finanzieren können. Wir haben eine Klimaveränderung, die bereits heute drohende Ausmaße annimmt. Wir haben eine Arbeitswelt, die weitgehend für jüngere Generationen verschlossen ist, und wir haben eine Staatsverschuldung, die im Grunde genommen nicht zu rechtfertigen ist. Es waren die ersten 20 Jahre nach dem Krieg, in denen wir Aufgaben und Ausgaben mit Einnahmen finanziert haben und ohne Schulden über die Runden kamen. Seitdem haben wir insgesamt 1.530 Milliarden Euro Schulden aufgebaut. Rentenansprüche und Pensionszusagen hinzugenommen, kommen wir sogar auf den doppelten Wert. Deswegen steht die Große Koalition nun vor der Aufgabe, Deutschland zu erneuern! Wir müssen überlebte Strukturen verändern. Und wir müssen alles tun, damit wir im globalen Wettbewerb wettbewerbsfähig bleiben.

Das zweite große Thema ist das demographische Problem – also unser Altersaufbau. Das heißt: Wir werden auf der einen Seite immer älter, auf der anderen Seite kommen immer weniger Junge nach.

Was dies für unsere Innovationsfähigkeit, etwa für neue Techniken, bedeutet, wenn man viel Erfahrung und eher wenig Dynamik hat, ist in seiner Bedeutung noch längst nicht erkannt. Auch was es heißt, weit mehr alte Menschen zu finanzieren, zu betreuen, zu versorgen, ist noch nicht genügend erkannt. Wettbewerbsfähigkeit und Demographie – das sind die beiden großen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Die Große Koalition hat meines Erachtens drei Fehler gemacht – auch meine Partei, die CDU. Der erste Fehler war, dass man die in Brüssel entworfene Antidiskriminierungsrichtlinie nicht 1:1 umgesetzt, sondern ergänzt hat. Die Folge: Anwälte werden künftig eine Vielzahl abgelehnter Bewerber für Wohnung und Arbeit vertreten, und Arbeitgeber und Vermieter werden massenweise verklagt werden. Man wird gezielt versuchen, die Wirtschaft zu gängeln, weil kein Arbeitgeber und kein Vertragspartner perfekt ist, wenn es um Gleichbehandlung, Dokumentationspflicht und Begründung geht.

Der zweite Fehler war, dass Jürgen Rüttgers von „Lebenslügen“ sprach. Es sei eine Lebenslüge zu glauben, Steuersenkungen führten zu Impulsen für die Wirtschaft und zu mehr Arbeitsplätzen.

Ich denke, dass nicht nur der Begriff „Lebenslüge“ unhaltbar, sondern auch die These selber völlig falsch ist. Ich behaupte, wenn die Steuern und Beiträge nicht gedeckelt oder gesenkt worden wären, wäre die Arbeitslosigkeit heute mit 600.000 bis 800.000 Menschen höher, als sie es

tatsächlich ist. Wir sollten daher nicht weniger, sondern noch mehr reformieren. Mit klugen Schritten müssen wir alles tun, damit die Wirtschaft mehr wächst und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden kann.

Der dritte Fehler liegt in der Fehleinschätzung dessen, was die Gesundheitsreform erreichen wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat anfangs davon gesprochen, dass die Große Koalition eine „Jahrhundertreform“ im Gesundheitsbereich machen wird. Kein Wunder, dass die Regierung heute daran gemessen wird. Es musste doch allen Beteiligten klar gewesen sein, dass hier kaum überbrückbare Gegensätze vorhanden sind und dass die Differenz zwischen SPD und Union gerade in diesem Bereich am größten ist. In allen anderen Bereichen, etwa im Steuerrecht und bei der Haushaltssanierung, sind Kompromisse machbar. Aber bei der Gesundheitspolitik war von vornherein klar, dass die Gesundheitsreform im Grunde genommen nur die nächsten drei bis fünf Jahre überbrücken wird. So aber waren die Erwartungen besonders hoch – und die spätere Enttäuschung ebenso. Nehmen wir alle drei Fehler zusammen, kommen wir dorthin, wo wir heute sind: Nach Umfragen liegen beide Volksparteien bei 30%. Ich bedauere sehr, dass dabei die großen Leistungen der Bundesregierung ganz aus dem Blick geraten sind. Etwa in der Außenpolitik: Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier haben das Ansehen der deutschen Regierung in Washington wieder deutlich verbessert. Unsere Außenwirtschaft kann heute sogar sagen, dass die deutsche Politik im Welthandel keine Belastung, sondern ein unterstützender Faktor ist.

Oder nehmen wir das Thema Innere Sicherheit mit Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble. Hier wurde in der Gesetzgebung und in der Praxis viel unternommen, und zwar sowohl im Bund wie in den Ländern, damit die Terrorgefahr gemindert und die innere Sicherheit gestärkt wird.

Oder nehmen wir das Thema Forschung und Innovation. Kein Zweifel: Frau Dr. Schavan ist ein großer Fortschritt gegenüber Jürgen Trittin und Renate Künast. Abgesehen vom Streit über die Kernkraft gibt es in der Großen Koalition ein grundsätzliches Ja zur Technik und nicht ständig Bedenken oder gar ein Nein.

Oder nehmen wir das Thema Infrastruktur. Dass ein solch wichtiges Land wie Deutschland im Herzen Europas Infrastruktur braucht und Kapazitäten ausgebaut werden müssen, ist für SPD und Union völlig klar.

Gleiches gilt für die Haushaltspolitik: Wir haben in Deutschland 2005 über 60 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. 2006 sind es nur 50 und im nächsten Jahr nur noch 40 Milliarden Euro. Erstmals seit 5 Jahren hält Deutschland in diesem Jahr die Vorgaben der Europäischen Währungsunion und die Vorgaben des Grundgesetzes ein. Wir stehen auch nicht mehr unter der besonderen Beobachtung der EU-Kommission.

Nehmen wir das Thema Unternehmenssteuerreform. Was da, bei komplizierter Ausgangslage, von Peer Steinbrück und Roland Koch erarbeitet worden ist, ist wirklich sehenswert. Bisher musste die Wirtschaft, sei es in Form der GmbH oder der Aktiengesellschaft, in der Addition von Gewerbeertragssteuer (für die Kommunen) und Körperschaftssteuer (für Bund und Länder) knapp 39% des Rohertrags an Steuern zahlen. CDU und SPD wollten nun unter 30% kommen, um im europaweiten Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu sein. Das hätte allerdings einen Steuerausfall von 15 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr bedeutet, was in der SPD nicht mehrheitsfähig und auch für CDU-geführte Landesregierungen nur schwer zu verkraften gewesen wäre. Die Union wollte mindestens 7 bis 8 Milliarden Euro Entlastung für die Wirtschaft erreichen. Auch das ist nun gelungen. Dazu kommt, dass der

Mittelstand hohe Freigrenzen zugesichert bekam, sodass die Unternehmenssteuerreform nicht zu seinen Lasten geht.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Die Große Koalition leistet mehr, als in den Umfragen zum Ausdruck kommt. Und ich bin davon überzeugt, dass auch im Jahre 2007 im Rahmen dessen, was beide Parteien verbindet, eine reelle Chance auf eine Verstärkung des Wirtschaftswachstums besteht.

Wer hätte denn zu Jahresbeginn geglaubt, dass die Wirtschaft in Deutschland um über 2%, in Hamburg um über 2,5% und in Baden-Württemberg gar um über 3% wächst? Wer hätte gedacht, dass nach sechs Jahren, in denen Jahr für Jahr die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gesunken ist, in diesem Jahr die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze um 260.000 höher liegt als zu Jahresbeginn?

Die Sachverständigen geben eine gute Prognose für 2007 ab. Trotz der um 3% erhöhten Mehrwertsteuer gehen sie für 2007 von 1,6% Wirtschaftswachstum und einer Viertelmillion zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Deutschland aus. Mit anderen Worten: Der kranke Mann Europas befindet sich auf dem Weg der Genesung. Deutschland kommt voran.

Wir werden jetzt nicht euphorisch werden, aber wir wollen doch deutlich machen, dass es sich für junge Menschen und auch für die Wirtschaft lohnt, hier zu bleiben und hier zu investieren.

Deutschland ist im weltweiten Wettbewerb weder in der Geschwindigkeit der Innovation noch in der Intensität der Forschung und deren Finanzierung, noch in der Betriebsgröße unserer Unternehmen alleine überlebensfähig. Ein Binnenmarkt von 83 Millionen Menschen reicht für unsere Unternehmen nicht aus.

Also brauchen wir Europa. Die beste ökonomische Idee, die Europa bisher gehabt hat, war die, die zu den neuen Arbeitsplätzen in Hamburg und Toulouse geführt hat. Ich rede von Airbus und EADS. Das Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, dass wir in den Bereichen Raumfahrt und Luftfahrt die Kräfte bündeln. Spanien, Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland – alle diese Länder müssen zusammenarbeiten, wenn wir in diesem Bereich die Marktführerschaft erreichen bzw. behaupten wollen. Daraus können dann Zigtausende von Arbeitsplätzen entstehen – auch in der Zulieferbranche.

Wir brauchen jetzt 10 neue Ideen wie den Airbus. Wir brauchen 10 Ideen, in denen die europäische Bündelung der Kräfte, die arbeitsteilige Kooperation in Forschung und Produktion, zum Tragen kommen können. Navigation, Logistik, Mobilität, Medizintechnik – das sind unglaubliche Wachstumsmärkte, die wir nur gemeinsam erschließen können. Wir müssen die Kräfte Europas bündeln, da sich in diesen Bereichen nur europäische Player im weltweiten Wettbewerb behaupten werden.

Kurzum: Ich liebe die Große Koalition nicht. Ich akzeptiere die SPD, die alte Volkspartei, alles ehrbare Männer und Frauen, gerade auch in Ihrer Stadt. Aber die Große Koalition ist keine Konstellation auf Dauer, weil große Koalitionen nicht zu mehr Dynamik führen, sondern eher zu Verlangsamung. Die Große Koalition ist eine Koalition auf Zeit. Und das heißt in diesem Fall: bis zur regulären nächsten Bundestagswahl. Keinen Tag länger, aber auch kein Jahr weniger. Denn wer die Große Koalition ohne Not auflöst, der wird vom Wähler durch Nichtwahl oder Abwahl bestraft.

Ich bin davon überzeugt, dass nur wirtschaftlicher und sozialer Erfolg, d.h. mehr Wachstum und mehr Beschäftigung, bessere Umfragen und Wahlergebnisse für SPD und Union bringen werden. Am Erfolg der Großen Koalition müssen daher beide Partner gleichermaßen interessiert

sein. Und am Erfolg der Großen Koalition sind auch die Länder interessiert, weil wir unsere Aufgaben – Innere Sicherheit, Bildung, Forschung, Hochschule – nur mit wachsenden Steuereinnahmen und nicht bei Rezession und Stagnation finanzieren können.

Das ist auch der Grund, warum ich von der Großen Koalition kein schlechtes Bild male. Ich glaube, dass die Große Koalition den Tiefpunkt bereits hinter sich hat. Den Fehler der Gesundheitsreform wird man kein zweites Mal machen. Die Gesundheitsreform wird sicherlich nicht so gut sein, wie die Bundesregierung behauptet. Aber sie wird auch nicht so schlecht sein, wie die Krankenkassen behaupten. Wir haben in Deutschland ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das schon manche Reform ausgehalten hat.

Die Große Koalition hat nun im kommenden Jahr die Chance, Projekte anzugehen, die durchaus einigungsfähig sind: Fortführung der Haushaltskonsolidierung, Umsetzung der Unternehmenssteuerreform, Maßnahmen zur Stärkung der Forschung etc. Auch der Umstand, dass Angela Merkel in Europa große Autorität genießt, wird dazu führen, dass in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mehr Impulse kommen werden als in den letzten drei Jahren.

Dazu brauchen wir allerdings ein klares Konzept, wie es in Europa weitergehen soll. Bulgarien und Rumänien werden am 1. Januar das 26. und 27. Mitgliedsland der EU. Ich glaube, dass mit diesen beiden Ländern – allenfalls Kroatien könnte noch als 28. Mitgliedsland aufgenommen werden – die Erweiterung abgeschlossen ist und die innere Festigung und Vertiefung der EU in den Mittelpunkt rücken muss. Wir dürfen Europa nicht überfordern. Wer nochmals fünf oder zehn Länder aufnimmt – zum Beispiel Moldawien, Ukraine, Serbien, gar die Türkei –, wird erleben, dass die Kulturgemeinschaft nicht mehr hält. Die Wertegemeinschaft ginge verloren, die Handlungsfähigkeit der Organe würde nicht mehr bestehen. Die EU würde von den Ländern Westeuropas abgelehnt werden. Europa stünde in der Gefahr, in eine Freihandelszone zurückzufallen und sich nicht mehr als ein Staat sui generis behaupten zu können. Deswegen bin ich in unserer Generation tendenziell gegen jede Erweiterung über das bisher Vereinbarte hinaus.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren derzeit viel über Strukturen, Umbau und Kostensenkung. Wie kriegen wir die Kosten in den Griff? Wie sanieren wir die Haushalte des Bundes und der Länder? Wie entlasten wir den Faktor Arbeit? Ich meine: So wichtig Kostensenkung ist, damit allein kriegen wir den Tanker Deutschland nicht flott. Wir müssen auch besser werden. Wenn wir so bleiben, wie wir sind, und nur billiger werden, reicht das nicht aus. Da wir immer teurer sein werden als andere, müssen wir daher noch besser werden als heute. Bildung, Schule, Erziehung, Forschung, Wissenschaft – hier müssen die Schwerpunkte der nächsten Jahre liegen.

Wir haben in Deutschland kaum Rohstoffe und Bodenschätze. Die Abhängigkeit von Gas und Öl ist riesengroß. Aber Verstand und Herz – das haben wir. Bildung, die Erziehung unserer Kinder, Forschung und Weiterbildung müssen daher einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Wir haben derzeit ein Schulwesen des Mittelmaßes. Dass Baden-Württemberg auf dem dritten Platz liegt, hinter Bayern und Sachsen, klingt gut. Aber im Vergleich zu anderen Ländern sind auch wir in Europa keineswegs Champions League. Natürlich sind unsere Hochschulen in vielen Bereichen noch immer exzellent, aber die besten Köpfe kommen heute nicht mehr nach Deutschland, sondern sie gehen von hier weg. Wir müssen uns daher dem Wettbewerb um die besten Köpfe stellen. Die Zuwanderung in die sozialen Sicherheitssysteme zuzulassen

mag christlich sein, aber sie wird eine Last, wenn sie nicht mehr finanzierbar ist. Es muss uns klar sein: Wenn wir den Wettbewerb um die besten Köpfe verlieren, wird auch der Sozialstaat in Deutschland nicht mehr finanzierbar sein!

Heute ging der Bundesparteitag der CDU in Dresden zu Ende. Angela Merkel wurde mit überwältigender Mehrheit zur Vorsitzenden der CDU wiedergewählt. Sie hat damit eine gute Grundlage, um erfolgreich regieren zu können. Wir erwarten von ihr, dass das Reformtempo nicht erlahmt, sondern gehalten wird. Das Reformtempo muss genau so hoch sein, wie es die SPD gerade noch akzeptiert. Mehr geht nicht, aber weniger wäre falsch. Deswegen war der Ansatz von Jürgen Rüttgers für die Union so gefährlich. Man kann über die Verlängerung des Arbeitslosengelds denken, wie man will – man kann etwa die Auszahlung des Arbeitslosengeldes I an Beitragsjahre oder an das Lebensalter koppeln –, aber in Wahrheit ging es Jürgen Rüttgers um etwas anderes. Er wollte uns sagen, dass die Politik der Union sozial ungerecht ist. Er sagt das, obwohl der Sozialstaat noch nie ein solches Ausmaß erreicht hat wie heute. Ich behaupte im Gegenteil: Wir brauchen nicht mehr Sozialleistungen, sondern wir brauchen mehr Eigenverantwortung. Das muss die Linie der nächsten Jahre sein.

Vielen Dank! ■